MEIN Norddeutschland
NACHRICHTEN AG

08. Juli 2025

Protestcamp Handala : Bremer Studierende fordern Freiheit und Gerechtigkeit!

Protestcamp ȣHandalaȣ an der Universität Bremen fordert Solidarität mit Palästina und kritisiert die Hochschulleitung.

Universität Bremen, Bremen, Deutschland - Am 30. Juni 2025 wurde vor dem MZH-Gebäude der Universität Bremen ein Protestcamp namens ȣHandalaȣ ins Leben gerufen. Die palästinasolidarischen Gruppen ȣUni(te) for Paliȣ und ȣSeeds of Palestineȣ organisierten diese Aktion, um ein deutliches Zeichen gegen die Kriegstreiberei und den Genozid in Palästina zu setzen. Der Name ȣHandalaȣ geht auf eine Comicfigur zurück, die seit 1969 für Widerstand gegen die israelische Besatzung steht und die Protestierenden perfekt symbolisiert.

Das Camp richtet sich nicht nur an Studierende, sondern auch an Bürger:innen, die sich für die Fundamentaldemokratie und

Menschenrechte einsetzen. Die Veranstaltungen des Camps umfassten Diskussionen über die Komplizenschaft deutscher Universitäten am Genozid in Gaza, die Rolle des Imperialismus sowie die internationale Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Offene Plena, islamische Gebete und Kulturabende sorgten für Abwechslung im Programm, das die Teilnehmer:innen zum Nachdenken anregte.

Nachhaltiger Protest

Die Protestierenden haben fünf zentrale Forderungen aufgestellt, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen starkmachen:

- Klare Positionierung gegen den Genozid in Gaza.
- Unterstützung palästinensischer Akademiker:innen im Gazastreifen und Diaspora.
- Einhaltung der Zivilklausel, Transparenz und die Beendigung der Verbindungen zu Rüstungsunternehmen.
- Keine Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen, die an illegalen Siedlungen und Apartheid beteiligt sind.
- Einhaltung von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit.

Ein zentrales Thema des Protests war das Redeverbot, das Rektorin Prof. Dr. Jutta Günther für die Veranstaltung mit der Psychoanalytikerin Iris Hefets erlassen hatte. Diese Veranstaltung zum Thema ȣSchweigen und Schuldȣ wurde dennoch im Gemeindezentrum Zion in der Kornstraße abgehalten und erfreute sich großer Resonanz, wobei das Publikum mit Standing Ovations reagierte. Dies hat den anhaltenden Protest gegen das Raumverbot weiter angeheizt.

Kritik an Uni-Leitung

Die Universitätsleitung sieht sich massiver Kritik unter anderem von Hochschullehrern ausgesetzt, die das Vorgehen als skandalös erachten und die Universität als einen Ort für

Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sehen möchten. Dr. Detlef Griesche, Vorsitzender der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, bezeichnete das Verbot als „töricht". Diese Auseinandersetzungen in Bremen sind nicht isoliert, sie sind Teil eines größeren Trends, der sich auch an anderen deutschen Universitäten wie in Berlin und Leipzig zeigt, wo ähnliche Proteste stattfinden.

Die Diskussionen rund um die Legitimität dieser Proteste werden sowohl auf Hochschulebene als auch in der Politik laufend geführt. Dabei wird immer wieder betont, dass Universitäten Orte der differenzierten Auseinandersetzung sein sollten, während die Grenzen zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus oft als fragil angesehen werden. KritikerInnen warnen vor einem Rückgang des Spielraums für freie Meinungsäußerung, während andere den Druck auf die Universitäten verstärken.

Zusätzlich zu den palästinasolidarischen Forderungen werden an der Universität Bremen auch aktuelle Themen aufgegriffen, wie die Erhöhung des Semesterbeitrags um knapp 100 Euro und die bundesweite Kürzungspolitik. Bei der Vollversammlung, die nach 20 Jahren wieder stattfand, wurde ein gemeinsamer Widerstand gegen die Bundesregierung und ihre politischen Entscheidungen gefordert. Ein Bündnis zwischen Studierenden und Arbeiterschaft wird als notwendig erachtet, um gegen die wiederholten Einschnitte in Bildung und Forschung zusammenzustehen.

Mit einem klaren Aufruf zur Kollektivierung der Kämpfe an der Universität und der Betonung auf politischer Bildung bringen die Protestierenden ihre Entschlossenheit zum Ausdruck. Sie fordern nicht nur Transparenz über die Kooperationen der Universität mit Rüstungsunternehmen, sondern auch eine Neugestaltung ihrer Finanzverwaltung durch die Studierenden und Angestellten der Universität.

Inwieweit diese Bemühungen und Forderungen Gehör finden

werden, bleibt abzuwarten, doch die Protestierenden zeigen, dass sie bereit sind, für ihre Ideale zu kämpfen. Die aktuelle Lage im Gazastreifen, die seit dem 7. Oktober 2023 mit einem Angriff der Hamas auf Israel begann, gibt diesem Engagement zusätzlichen Nachdruck und zeigt, wie wichtig es ist, die Stimme zu erheben, wo Menschenrechte in Gefahr sind.

Details	
Ort	Universität Bremen, Bremen, Deutschland
Quellen	• www.klassegegenklasse.org • nahost-forum-bremen.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.com